

Berlin, 16. Dezember 2019

Bund und Länder haben angekündigt, den Einstiegspreis für CO₂-Emissionen auf 25 Euro pro Tonne zu erhöhen. Hierzu Kerstin Andrae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung:

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Manuela Wolter
Stv. Pressesprecherin
Telefon
+49 30 300199-1162
Telefax
+49 30 300199-3162
presse@bdew.de
www.bdew.de

„Das ist ein sehr gutes Signal für den Klimaschutz – und ein Lichtblick nach den enttäuschenden Ergebnissen der UN-Klimakonferenz in Madrid. Mit dieser Einigung zeigen die Bundesregierung und die Regierungen der Länder, dass sie beim Emissionshandel doch ernsthafte Schritte gehen wollen. Der Einstiegspreis von 25 Euro pro Tonne CO₂ im Verkehrs- und Gebäudesektor entspricht – wie von uns gefordert – dem Zertifikatspreis im europäischen Emissionshandel.

Wir begrüßen zudem, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung genutzt werden sollen, um die EEG-Umlage zu senken. Damit können gleich mehrere Ziele erreicht werden: Zum einen würde es alle Haushalte in Deutschland beim Strompreis entlasten. In Zeiten, in denen die staatlichen Abgaben und Umlagen über die Hälfte des Strompreises ausmachen, wäre das ein wichtiges Signal an die Verbraucher. Zum anderen würden umweltfreundliche strombasierte Anwendungen wie die Elektromobilität oder Wasserstoff wettbewerbsfähiger gegenüber fossilen Energieträgern wie Heizöl, Benzin oder Diesel werden. Damit Klimaschutz im Verkehrs- und Gebäudesektor wirklich gelingt, wird ein CO₂-Preis alleine jedoch nicht reichen. Wir brauchen hier vor allem auch einen zügigen Ausbau der Elektromobilität und die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Gebäudesanierungen.“